der Partei entgegengebracht hat, geradezu frappierend wirkt. Das weiß denn doch nachgerade jeder Leser eines satirischen Wochenblattes, daß, wenn in ihm ein Vorgang bildlich dargestellt und textlich glossiert wird, dies nun und nimmermehr die Bedeutung hat, als wenn hier ein wirklicher Vorgang vorgeführt. Daß irgend jemand, der die in Betracht kommende Nummer des „Simplicissimus" gelesen, geglaubt hat, von Woermann werde behauptet, er habe wirklich Neuchen nicht herausgegeben, für die das Lagergeld noch nicht bezahlt sei — halten wir für völlig unmöglich. Der „Simplicissimus" ist bei dem Bilde, wie schon oft genug — in zwei Sachen zu weit gegangen. Aber dieser vorläufige Ausgang des Beleidigungsprozesses ist geeignet, genau das Gegenteil zu bewirken, was er bezweckte. Er wird das angeblich durch den „Simplicissimus" geschädigte Ansehen Woermanns eher mehr schädigen als reparieren. Woermann selbst aber scheint zu glauben, daß er jetzt immer weiter klagen müsse. Das „W. T. B." berichtet, daß jetzt auch der verantwortliche Redakteur der „Frkf. Z.", Albert Bilching, von Woermann verklagt worden ist. Das genannte Blatt hatte in seinem Parlamentsbericht vom 30. November 1906 den Abg. Erzberger sagen lassen, die Firma Woermann habe die Kolonialverwaltung übers Ohr gehauen. Da nun der amtliche Bericht über die betreffende Rede Erzbergers eine solche Aeußerung nicht enthält, so ist jetzt seine Klage gegen den Redakteur der „Frankfurter Zeitung" erhoben worden. Nun, wer da weiß, wie Parlamentsberichte nachträglich korrigiert werden, weil der Redner einen zu scharfen Ausdruck mildern möchte, der wird auch keineswegs aus dem Wortlaut des amtlichen Stenogramms zu folgern wagen, daß die „Frankfurter Zeitung" etwas tatsächlich Falsches berichtet hat. Die Zeitungsberichte geben sehr oft den wirklichen Wortlaut der Reden wieder, während der Redner, ohne daß man ihm von vornherein daraus einen greifen Vorwurf machen kann, in der amtlichen Wiedergabe nur das stehen läßt, was er gesagt haben will. So kann es auch hier gewesen sein.

* **Die Generalkommission der (sozialdemokratischen) Gewerkschaften** hat jedem ihren Rechenschaftsbericht für die Zeit vom 1. Mai 1906 bis 31. Dezember 1906 veröffentlicht. Auffällig — um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen — ist darin die Skrupellosigkeit, mit der Tatsachen entstellt werden. Dies zeigt sich kennzeichnenderweise in bezug auf solche Angelegenheiten, die für die Arbeiterschaft von dem größten praktischen Interesse sind: in bezug auf das Berufsvereinsgesetz und den Schutz der Heimarbeiter. Hinsichtlich des zuerst genannten Gesetzes, das bekanntlich noch im aufgelösten Reichstage die allgemeine Lesung passierte, behauptet die Generalkommission, daß jener Entwurf außer von den sozialdemokratischen Rednern „von den Vertretern des Zentrums und der Freisinnigen bekämpft wurde". In Wirklichkeit hat der nationalliberale Fraktionsredner Bassermann den Gesetzentwurf ebenfalls äußerst scharf kritisiert. Zum Beweise dafür seien aus der Ansprache, die der Abg. Bassermann am 25. Februar d. J. im neuen Reichstage gehalten hat, folgende Ausführungen wiedergegeben:

> Die Sozialreform des Grafen Posadowsky hat ja in diesem Hause seit Jahren Vertreter gefunden. Wir hatten aber sehr oft den Eindruck, daß die Projekte, die er uns bringt, nicht seiner ursprünglichen Meinung entsprachen, sondern daß seine weitschauende Sozialpolitik sich gepaart hat mit engherzigen Auffassungen aus dem preußischen Staatsministerium (sehr gut! bei den Nationalliberalen) und daß aus dieser Paarung dann solch ein Wechselbalg entstanden ist, wie beispielsweise das Gesetz über die Berufsvereine, und da möchte ich in der Tat den dringenden Wunsch aussprechen, daß angesichts der Tatsache, daß wir bei den Wahlen in Arbeiterkreisen erneut Einfluß gefunden haben, den wir früher verloren hatten, uns solch ein Gesetz nicht mehr vorgelegt werde. Es ist doch eine ganz schlechte Politik, wenn man ein Arbeitergesetz vorlegt — und das Gesetz über die Berufsvereine ist doch ein solches —, daß dann dieses Gesetz so ausgestaltet ist, daß es schließlich keinen Arbeiter befriedigt, gleichgültig, welcher Organisation und welcher Partei dieser Arbeiter angehört. Sie haben, soweit Sie bereits dem vergangenen Reichstag angehörten, den Eindruck noch frisch im Gedächtnis, den diese Debatten machten, daß dies Gesetz über die Berufsvereine in allen seinen Stücken zerpflückt wurde, und ich sollte meinen, daß auch die Staatsministerien von Preußen und Sachsen zu der Auffassung kommen sollten, solche Gesetze müssen aus einem freigeistlichen Geiste heraus geboren werden (sehr richtig!) und nicht aus einer Auffassung, als wenn man die Arbeiter nur gängeln und reglementieren und überwachen wollte. Man muß die Anschauung aufgeben, daß man durch kleinliche Polizeimaßregeln, die sehr oft auch zur Schikane werden, etwas erreichen könnte. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Das wollte ich sagen unter Wiederholung dessen, was ich bei der ersten Lesung des Gesetzes über die Berufsvereine damals in diesem hohen Hause gesagt habe."

Die Generalkommission behauptet ferner, daß heute „nur" die sozialdemokratische Partei noch für den Schutz der Heimarbeiter eintrete. In Wahrheit haben sämtliche bürgerliche Parteien des Reichstages einen Antrag eingebracht, der die Regierung zur Regelung der Verhältnisse in der Hausindustrie (Heimarbeit) auffordert und in zwölf Paragraphen angibt, in welcher Weise der Heimarbeiterschutz nach allen Richtungen herbeizuführen sei. Dieser Antrag ist im Reichstage am 21. Februar 1907 erschienen. Der Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Generalkommission, in deren Organ am 6. April veröffentlicht, trägt das Datum des 30. März! Wo solche wahrheitswidrige Behauptungen nicht verschmäht werden, da muß sich der Verdacht aufdrängen, daß man sich über die Tatsachen hinwegsetzt, um Stimmung für die Sozialdemokratie zu machen.

* **Militärische Motorluftschiffahrt.** Die „Vossische Zeitung" erfährt, daß bei dem Luftschiffer-Bataillon eine besondere Versuchskompagnie für Motorluftschiffahrt aufgestellt werden soll in der Stärke von drei Offizieren, 10 Unteroffizieren und 75 Mann. Die Mannschaften werden von der Infanterie abkommandiert.

Dr. **Gefangene im Krankenhaus.** Die Unterbringung von Gefangenen in einer Krankenanstalt regelt eine neue Verfügung des preußischen Justizministers. Für die Aufhebung eines Haftbefehls kann Krankheit nur insofern von Bedeutung sein, als die Voraussetzungen für den Erlaß des Haftbefehls weggefallen sind oder nicht. Hebt der Richter mit Rücksicht auf die Art, Schwere und voraussichtliche Dauer der Krankheit den Haftbefehl auf, so haben sich die Justizbehörden jeder eigenen Unterbringung des Beschuldigten in einer Krankenanstalt zu enthalten. Das Notwendige ist von den Verwaltungsbehörden zu veranlassen. War der Beschuldigte bei der Aufhebung des Haftbefehls in einer Krankenanstalt untergebracht, so ist die Aufhebung auch der Krankenanstalt vom Richter mitzuteilen und dieser zu ersuchen, daß der Fiskus für die weiteren Kur- und Verpflegungskosten nicht mehr aufkommt. Jede Maßregel, die auf eine Ueberwachung des Beschuldigten durch die Justizbehörden hinausläuft, ist zu unterlassen. Insbesondere soll vermieden werden, die Polizei um Zurückführung des Beschuldigten nach erfolgter Heilung oder die Krankenanstalt um Mitteilung der bevorstehenden Entlassung zu ersuchen, damit der Staat dann nicht die Kurkosten zu bezahlen hat. Erkrankt ein Strafgefangener, so ist zu prüfen, ob mit Rücksicht auf die Art, Schwere oder voraussichtliche Dauer der Krankheit einerseits und die Dauer der noch zu vollstreckenden Strafe andererseits eine Unterbrechung der Strafvollstreckung herbeizuführen ist. Lediglich zu dem Zwecke, von dem Staate die Kur- und Pflegekosten fernzuhalten, darf die Anordnung der Unterbrechung nicht erfolgen.

P. **Nationalliberale Organisation.** Nationalliberaler Landes-Verband für das Herzogtum Anhalt. Unter diesem Namen ist am Sonntag ein Zusammenschluß der nationalliberalen Vereine im ganzen Herzogtum erfolgt, und zwar zu dem Zwecke, eine ordnungsmäßige Vertretung im Zentralverband zu ermöglichen und die nationalliberalen Interessen im Lande wirksamer zu fördern. Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde der Landtagspräsident Justizrat Dr. Döring-Dessau gewählt.

* **Nationalliberale Partei in Sachsen.** Aus Reichenbach, 8. April, schreibt man uns: Der Erfolg der Reichstagswahl hat auch im 22. Reichstagswahlkreise die nationalliberale Partei zur Ausgestaltung ihrer Organisation angespornt. Eine gestern im „Lamm" abgehaltene, sehr gut aus dem ganzen Kreise besuchte Versammlung von Vertrauensmännern beschloß, das nationalliberale Wahlkomitee mit der weiteren Arbeit, die unter Hinzuziehung der Ortsausschüsse erfolgen soll, zu betrauen. Herr Reichstagsabgeordneter Rob. Merkel-Mylau sprach den Dank aus für die außerordentlich umsichtige und tatkräftige Leitung des Wahlkampfes. Ueber die Organisation des Wahlkreises sprach Herr Rechtsanwalt Glänzel unter lebhaftem Beifall, und die Herren Landtagsabgeordneten Meyer-Falkenstein und Reichardt-Reichenbach. Generalsekretär Dr. Westenberger-Leipzig und zahlreiche Herren aus den verschiedenen Orten teilten ihre Erfahrungen mit. Zum Obmann des Reichstagswahlkreises wurde unter Anerkennung seiner Verdienste von neuem Herr Rittrolt-Auerbach, zum Stellvertreter Herr Gust. A. Brassard-Reichenbach gewählt. Besondere Aufmerksamkeit erregten die Ausführungen des Herrn Reichstagsabgeordneten Merkel über den demnächst im Reichstag zu verhandelnden Antrag zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Hausindustrie. Generalsekretär Dr. Westenberger knüpfte daran einen erläuternden Vortrag über die Vorgeschichte dieses Antrages, wobei er einerseits die Berechtigung dieses sozialpolitischen Vorgehens betonte, andererseits aber auch gewisse, über den Antrag hinausgehende, den Bestand ganzer Industriezweige bedrohende Bestrebungen zurückwies. Die Versammlung billigte durch ihren Beifall den von Herrn Merkel eingenommenen Standpunkt und schloß sich mit ebenso lebhafter Zustimmung den Ausführungen des Generalsekretärs an. Kommerzienrat Reichhardt dankte für die sachkundige Behandlung des Gegenstandes und empfahl, an der praktischen Beurteilung der Verhältnisse festzuhalten. Mit einem von Herrn Brassard ausgebrachten Hoch auf das Vaterland ging die vom Verlauf der Verhandlungen befriedigte Versammlung auseinander.

* **Ein Jubiläum der „Straßburger Post."** Dem Chefredakteur der „Straßburger Post", die gestern die Feier ihres 25jährigen Bestehens feierlich beging, Pascal David, ist vom Reichskanzler folgendes Telegramm zugegangen: „Zu dem Tage, an dem vor 25 Jahren die erste Nummer der „Straßburger Post" erschien, drücke ich Ihnen und Ihren Herren Mitarbeitern herzliche Glückwünsche aus in dankbarer Anerkennung der Freudigkeit, mit der Sie an wichtiger Stelle die nationale Sache vertreten." Der Feier wohnten die Chefs der Firma, Dumont Schauberg (Verlag der „Kölnischen Zeitung"), bei, die zum Andenken an das 25jährige Bestehen der „Straßburger Post" 25 000 ℳ in die Kasse der Angestellten und Arbeiter stifteten. Der Polizeipräsident überreichte unter anderen Auszeichnungen dem kaufmännischen Direktor der „Straßburger Post", Fritz Colas, den Roten Adlerorden IV. Klasse.

s. **Reformpartei.** Die Vorstandswahlen für den Landesverein der deutschen Reformpartei ergaben folgendes Resultat: Abg. Osw. Zimmermann, 1. Vorsitzender; Stellvertreter: Justizrat Schnauß-Leipzig und Kaufmann F. Schubert; Schatzmeister Gem.-Vorstand Clauß-Reuck, Stellvertreter Stadtv. Fabrikant England. Die meisten übrigen Mitglieder des Vorstandes wurden in der Hauptsache wiedergewählt.

* **Ein antisemitischer Reichstagsabgeordneter und seine Wähler.** Der antisemitische Abg. Liebermann v. Sonnenberg hat im Reichstage sehr energisch bestritten, daß er die von der „Hess. Rundschau", einem Organ der Reformpartei, ihm nachgesagte Aeußerung: „Meine Schwätzer Bauern sind treu wie die Hunde, aber tückig wie die Schweine" jemals getan habe, und erklärt, er habe gegen das Blatt Beleidigungsklage angestrengt. Bisher ist aber, obwohl über 7 Monate darüber verflossen sind, den Gerichten ein solcher Strafantrag gegen das antisemitische „Bruderblatt" nicht zugegangen. Dahingegen hat, wie die „Voss. Ztg." berichtet, der Antisemitenführer einen biederen Homberger Sattlermeister, der am Biertisch gelegentlich diese Aeußerung erwähnte, vor den Kadi geladen. Am Mittwoch dieser Woche fand die Gerichtsverhandlung statt, welche das überraschende Ergebnis zeitigte, daß Herr Liebermann v. Sonnenberg seine Klage zurückzog und die Kosten des Verfahrens tragen muß. Es war also nichts mit einer Verurteilung, ebenso wenig bekam Herr Liebermann v. Sonnenberg eine „Ehren-Erklärung" von dem Sattlermeister, um die sich seine näheren Parteifreunde eifrig bemüht hatten. Warum aber verklagt Herr Liebermann v. Sonnenberg nicht die „Hess. Rundschau", die so kühn war, den Wahrheitsbeweis vor Gericht für ihre Behauptungen anzubieten?

Deutsche Kolonien.

* **Verheiratete Postbeamte für die Kolonien.** Die Reichspostverwaltung hat sich endlich veranlaßt gesehen, von dem bisherigen Grundsatze, nur unverheiratete Beamte in die Schutzgebiete zu versetzen, abzugehen. So sind in neuester Zeit zur Leitung der Postämter in Dar es Salam und Tsingtau verheiratete Beamte entsandt worden. Ebenso hat vor kurzem ein verheirateter Beamter die Leitung des deutschen Postamts in Konstantinopel, dem auch die Postämter in Beirut, Jaffa, Jerusalem und Smyrna unterstehen, übernommen. Diesen veränderten Verhältnissen trägt ein soeben veröffentlichter Erlaß des Reichskanzlers Rechnung, indem er bei Versetzungen von verheirateten Beamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung in die Schutzgebiete und zu den deutschen Postämtern im Auslande neben den üblichen Tagegeldern, Fahrkosten, Ausrüstungsgeldern und Umzugskosten besondere Kilometervergütungen für jedes mitgenommene Familienglied und für jeden mitgenommenen Dienstboten festsetzt. Herr Krätke hat sich also schließlich doch den nur zu lange unerfüllt gebliebenen Wünschen aufrichtiger Kolonialfreunde gefügt und seine Junggesellenpolitik aufgegeben.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **v. Hortzendorf.** Den Blättern zufolge wird sich der Generalstabschef v. Hortzendorf am 28. Mai nach Berlin begeben, um sich dem deutschen Kaiser vorzustellen.

* **Die Ausgleichsfrage.** In den Wiener Kreisen wird die Ausgleichssituation nach wie vor als sehr kritisch bezeichnet, und man ist daher auf das Ergebnis der nächsten Ministerkonferenzen, welche Dienstag wieder aufgenommen werden, ganz besonders gespannt. Man hält es für sicher, daß für den Fall der Unmöglichkeit einer Verständigung ein förmlicher Abbruch der Verhandlungen nicht erfolgen, und eine endgültige Entscheidung auf eine spätere Zeit verschoben werden würde. Inzwischen würde der Zusammentritt des neugewählten Reichsrates zur Erledigung der dringendsten Angelegenheiten erfolgen, und im August würden die beiderseitigen Ministerkrisen aktuell werden, so daß, falls nicht ein anderer Ausweg gefunden wird, schon zu Beginn des September mit neuen Kabinettsernennungen zu rechnen wäre. Die neuen Regierungen hätten dann die Ausgleichsverhandlungen auf geeigneterer Grundlage zur Durchführung zu bringen. — Wir halten einen solchen Ministerwechsel in beiden Reichshälften für den allerschlechtesten Ausweg.

* **Die bosnischen Mohammedaner.** Im ungarischen Abgeordnetenhause beantwortete Ministerpräsident Dr. Wekerle die Interpellation des Grafen Theodor Batthyanyi über die Autonomie der bosnischen Mohammedaner dahin, daß die bosnische Landesregierung die Verwaltung der Vakufgüter, die bisher von einer ernannten Vakufkommission besorgt sei, auf gewählte Organe übertragen werde; ebenso werde der Scheich Ulema gewählt werden. Doch könne nicht geduldet werden, daß bei der Bestätigung des kirchlichen Oberhauptes der ausländische Einfluß zur Geltung gelange. Der Ministerpräsident führt ferner aus, die Regierung wolle allen berechtigten Wünschen der bosnischen Mohammedaner entgegenkommen, sie müsse jedoch jeden auswärtigen Einfluß in den okkupierten Provinzen zurückweisen und darauf achten, daß in Bosnien und der Herzegowina ihr Einfluß ausschließlich entscheidend sei. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden mit lebhaftem Beifall begleitet, und die Interpellation zur Kenntnis genommen. — Es wird durch diesen Sippengbericht nicht klar, um was es sich bei dieser Erörterung gehandelt hat. Herr Wekerle kann mit „ausländischem Einfluß" bei der Bestätigung doch nicht ein Bestätigungsrecht des Sultans gemeint haben, für den in der Hofburg von Oesterreich aufrechterhaltenen Fiktion Bosniens noch kein „Ausland" geworden ist.

* **Ausstand.** Die Tuchindustriellen von Reichenberg und Umgebung, die plötzlich ihre Weber aussperrten, haben jetzt auch die Aussperrung aller übrigen Arbeiterkategorien durchgeführt. Dadurch hat sich die Zahl der Ausgesperrten um 5000 Personen erhöht. Die Ruhe ist nicht gestört.

Frankreich.

* **Ein Japaner gegen die kirchenfeindliche Politik.** Der ehemalige Gesandte Japans in Paris, Motono, wird von Montagnini in seinen Depeschen unter jenen Diplomaten erwähnt, die Kritik an der französischen Kirchenpolitik geübt haben. Motono hielt ein neues Konkordat dem Interesse Frankreichs für zuträglich.

* **Tagesschau.** Aus dem Meer Gerede, das der veröffentlichte Teil der Montagnini-Papiere enthält, verdienen höchstens zwei Einzelheiten hervorgehoben zu werden. In der ersten Bischofsversammlung war die Mehrheit für die Annahme der Kultusvereine, unterwarf sich jedoch löblich, als der Papst sie gleichwohl verbot. Am 25. November 1906 berichtet Montagnini nach Rom: „Im Elysée sieht man nicht Combes als Nachfolger Clemenceaus an. „Matin" wird die Kulissen des Antiklericalismus veröffentlichen. Spuelons Mütze gibt sich dann der, ihre Aufzeichnungen auszuliefern. Clemenceau unterhält alle diese Geschichten. Heute verspricht er etwas und morgen nimmt er es zurück. Jaurès, von ihm befragt, ist zum Verrücktwerden wütend. Sie Montagnini sagt nicht, wer diese „sie" sind; treuen Clemenceau nicht und finden, daß Vivianet und Pichon zu sehr seine Diener sind" usw. — Nationalistische Blätter sprengen aus, die Regierung beabsichtige, eine Anzahl klerikalfeindlicher Politiker des Parlaments und der Presse wegen Verschwörung und Anschlags gegen die Sicherheit des Staates vor den Staatsgerichtshof zu stellen. — Zwei der Brauner-Genossenschaften, die den Massenanschlag gegen die Regierung mit unterzeichnet haben, die Verbindung der Beamten des Ministeriums des Innern und die der Gefängnisbeamten, schreiben dem Ministerpräsidenten, ihre Unterschrift sei mißbräuchlich unter den Massenanschlag gesetzt worden.

England.

* **Gegen journalistische Indiskretionen.** Entsprechend einer jüngst für die englische Marine ergangenen Anordnung hat jetzt das englische Kriegsamt nachstehenden Armeebefehl erlassen: „Offizieren und Soldaten ist verboten, direkt oder indirekt der Presse irgendwelche militärische Informationen oder ihre Ansicht über eine militärische Angelegenheit ohne besondere Erlaubnis mitzuteilen. Jede Information beruflicher Natur, in deren Besitz sie vielleicht auf Reisen oder im Dienste gelangen, ist als Eigentum des Kriegsministeriums zu betrachten und darf in keiner Form veröffentlicht werden, ohne daß vorher die Erlaubnis des Armeerats eingeholt wurde. Offiziere und Soldaten sind verantwortlich für alle Mitteilungen, die sie in Briefen an ihre Freunde befinden, und die vielleicht später in die Presse gelangen. Es ist Offizieren und Soldaten nicht gestattet, das Urteil über Fragen, die der Erwägung höherer militärischer Autorität unterliegen, durch anonyme oder andere Veröffentlichungen ihrer Ansichten zu beeinflussen. Sie dürfen öffentlich nicht an einer Diskussion teilnehmen, die sich auf Befehle, Einrichtungen oder Instruktionen von seiten ihrer Vorgesetzten bezieht."

Italien.

* **Die Ueberführung der Gebeine Leos XIII.** Professor Bragagli, Lehrer des Völkerrechts an der Universität Pavia, schreibt im „Corriere della Sera" zur Ueberführung der Leiche Leos XIII.: „Wenn die Ueberführung öffentlich stattfindet, so muß sie laut Artikel 3 des Garantiegesetzes mit nicht geringeren Ehren und Feierlichkeiten erfolgen, als die Beerdigung eines Königs von Italien, also mit der Teilnahme der Regierung, aber hohen Staatswürdenträger und auch in Gegenwart, aber mindestens mit amtlicher Vertretung des Souveräns. Das Garantiegesetz spricht von königlichen Ehren für den Papst, und man könnte dies nur mit absichtlichem Irrtum in dem Sinne auffassen, daß die Ehren dem Lebenden und nicht auch dem Leichnam des toten Papstes gelten. Will der Vatikan solche Ehrungen vermeiden, so kann er die Ueberführung in privater Form vollziehen. Erfolgt aber die Ueberführung in öffentlicher, feierlicher Form, so kann niemand die italienische Regierung von der strengen Beobachtung des Garantiegesetzes entbinden, nicht einmal eine Bitte des Papstes Pius X., oder ein Akt der Verzichtleistung auf die gebührenden Ehren."

Spanien.

* **Die Begegnung von Cartagena.** König Eduard ist nachmittags 1½ Uhr eingetroffen. König Alfons war ihm auf der Stadt „Geralda" entgegengefahren. — Die „Correspondencia d'España" bringt einen aufsehenerregenden Bericht, ein englisch-spanisches Bündnis bestehe nicht, wohl aber eine „entente cordiale", die ebenso wirksam sei und durch die Entrevue von Cartagena feierlich ratifiziert werde. — Ueber Marokko brauche man nicht weiter zu konferieren, da nach Algeciras alles Nötige zwischen Spanien, Frankreich und England vereinbart worden sei. Frankreich habe dafür für die Besetzung Udjdas auch nur die Einwilligung Englands und Spaniens nachgesucht. Spanien habe sie gegeben, da dadurch ein Präzedenzfall geschaffen sei, von dem es selbst bei nächster Gelegenheit Gebrauch machen werde. In bezug auf die Abrüstungsfrage sei Spanien mit England völlig einig, nicht aber Frankreich, das auf Revanche nicht verzichten wolle. Uebrigens sei England auch nur dann für die Abrüstung, wenn es seine Herrschaft zur See behalte. Spanien werde wahrscheinlich einen Vermittelungsvorschlag machen, der dahin geht, daß die Rüstungen von der Einwohnerzahl und dem Flächeninhalt abhängig sein sollen. England stehe außerdem dem deutsch-österreichischen Gedanken, im Fall eines Seekrieges die Handelsflotte als Privateigentum zu erklären, absolut feindlich gegenüber, ebenso Spanien. Diese beiden Punkte sollen nach Ansicht des Blattes Gegenstand der jetzigen Besprechungen sein.

Rußland.

* **Die Abrüstungs-Gerüchte.** Aus London wird gemeldet: Man behauptet, daß die bekannte Sensationsnachricht des Blattes „Daily Mirror" über die Abdankung des Zaren von einer Persönlichkeit stammt, die den Hof- und diplomatischen Kreisen sehr nahe steht. Das englische Blatt weist auf die eigentümliche Fassung des offenen Dementis hin, das der russische Botschafter am Sonnabend ausgegeben hat. Der Botschafter dementiere nur, daß die Abdankung des Zaren unmittelbar bevorstehe. Das Dementi besage aber nicht, daß überhaupt keine Abdankung zu erwarten sei. Danach wäre das Dementi eine indirekte Bestätigung. Ferner weist das Blatt darauf hin, daß einige Mitglieder des Gefolges der Kaiserin-Witwe und mindestens zwei russische Detektivs sich noch in London befinden, weil die Reise des Großfürsten Michael nach London unmittelbar bevorstehe.

Rumänien.

* **Das Ausklingen der Bauern-Bewegung.** Unser Bukarester L.-Korrespondent schreibt uns: Seit fünf Tagen sind keine Ruhestörungen mehr zu verzeichnen, und der Bauernaufstand kann somit als beendet angesehen werden. Das scharfe Vorgehen des Militärs und namentlich der Gebrauch der Kanonen hat die Bauern verhältnismäßig rasch zur Unterwerfung gebracht. Es läßt sich jetzt auch der durch den Aufstand angerichtete Schaden näher übersehen. Dieser ist bei weitem nicht so groß, als anfänglich befürchtet wurde. Er wird sich auf etwa 50 Millionen Franck, etwas darunter oder darüber beziffern, und, da er in der Hauptsache nur einzelne wohlhabende Gutsbesitzer und Gutspächter trifft, die Allgemeinheit davon unberührt bleiben. Eine namentlich im Auslande befürchtete geschäftliche Stagnation ist also nicht zu erwarten, und eine von Zhrem Korrespondenten bei den hiesigen größeren Handlungshäusern und Banken persönlich gehaltene Umfrage hat ergeben, daß der Geschäftsverkehr eine Einbuße nicht erlitten hat. Die Räubereien sind überall verhütet. Die Bauern bringen jetzt vielfach die geraubten Gegenstände zurück und haben sich im übrigen an die Feldarbeit begeben. Um aber die Aufrechterhaltung der Ordnung zu garantieren, wird die mit 125 000 Mann unter den Waffen stehende Armee noch 2 Monate die von ihr eingenommenen Stellungen in allen Teilen des Landes besetzt halten. Die Kosten dafür werden die Großgrundbesitzer tragen, auch haben die Banken und großen Handelshäuser eine Subskription hierfür eröffnet. Unter den verhafteten Räubereibesitzern befinden sich viele Dorfpopen und Dorfschullehrer und andere ländliche Funktionäre. Eine Verhaftung, die allgemeine Sensation erregt, ist die des Direktors des Gymnasiums zu Slatina, Tiberiu Popescu. Dieser war das Haupt der Verschwörung in dem „Ditent" benannten großen Landdistrikt der Malachei. Bei einer bei ihm vorgenommenen Haussuchung fand man eine zahlreiche Korrespondenz, aus der hervorgeht, daß es sich bei dem Aufstand um die Herbeiführung der Republik handelte. Die im Petroleumgebiet beschäftigten ehemaligen Matrosen des russischen Meutererschiffes „Potemkin" wurden ebenfalls verhaftet, da einer von ihnen eine unvorsichtige Bemerkung gemacht hatte. Sie wurden indessen später wieder freigelassen, dürfen aber künftig nicht mehr auf dem Lande, sondern nur in den Städten arbeiten. In dem Dorfe Bulesti bei Craiova, welches durch Artilleriefeuer vollständig zerstört worden ist, kam die Frau eines bei der Armee befindlichen Soldaten in dem Augenblicke mit Drillingen nieder, als eine Bande auf ihr Häuschen fiel und es in Brand setzte. Der Präfekt des Distriktes schenkte ihr 50 und der in Bulesti kommandierende General 100 Franck. Ihr Mann weiß bis jetzt noch nichts von dem Ereignis. Die allgemeine Empörung richtet sich gegen den Bukarester Universitätsprofessor Jorga, welcher seit Jahren schriftlich und mündlich die akademische Jugend gegen alle Staatsautorität aufgehetzt und einen Kreuzzug gegen alle Fremden gepredigt hat. Ihm wird ein sehr wesentlicher Teil der Schuld an den traurigen Ereignissen beigemessen. Natürlich will er es nun nicht gewesen sein, doch hält er sich versteckt und läßt sich von Studenten bewachen. Die in einem auswärtigen Blatte mitgeteilte Nachricht, daß der König Carol infolge der Aufregung, in die ihn der Aufstand versetzt hat, neuerdings erkrankt sei, können wir glücklicherweise als unwahr bezeichnen.

* **Lascar †.** Am 5. April starb einer der hervorragendsten rumänischen Staatsmänner, Basile Lascar. Er gehörte der liberalen Partei an und war mehrfach Minister, als welcher er wichtige Reformen durchführte. Er ist nur 54 Jahre alt geworden.

* **Deutsche Gäste.** Unser Bukarester Korrespondent schreibt uns: Auf der Rückreise von Konstantinopel und Brussa hielten sich am Mittwoch die Teilnehmer einer von dem Leipziger Orientklub unter Führung des Herrn Lehrer Bünsche arrangierten Reise hier auf. Den Abend verlebten sie in dem schönen Klubhause der „Vereinigung der Reichsdeutschen", wo sich eine größere Gesellschaft zusammenfand. Die fröhlichen Stunden, die die Landsleute hier verbrachten, werden ihnen gewiß als eine der angenehmsten Erinnerungen von der Reise im Gedächtnis bleiben.

Serbien.

§ **Die innere Krisis.** In der Skupschtina wird weiter obstruiert und die Vorausbewilligung des April-Budgets verhindert. In den ersten drei Monaten des Jahres half sich die Regierung durch verfassungsmäßige Vorausbewilligung monatlicher Budgetanteile. Allein die Jungradikalen wollen diesmal die Annahme verhindern. Sollte die Bewilligung bis zum 14. April, dem griechischen Ersten, nicht erfolgt sein, so können große Komplikationen eintreten. Die ganze Staatsmaschine könnte in Stockung geraten, was eine Auflösung der Skupschtina nach sich ziehen und für die Jungradikalen leicht verhängnisvoll werden dürfte. Allein zurzeit verharren sie bei der Forderung, die Regierung solle mehrere den Jungradikalen mißliebige Kreispräfekten und den Polizeiminister Pretitsch entlassen. Die Regierung will jedoch nicht nachgeben, um keinen Präzedenzfall zu schaffen. Ein Ausweg aus der trüben Situation wurde noch nicht gefunden, und man ist gespannt, wie die Regierung die Angelegenheit lösen, und ob der König ihr Lösung auch gutheißen wird. Viele glauben jedoch immer noch an das Zustandekommen eines Kompromisses in letzter Stunde.

Griechenland.

* **Der italienische Besuch.** Der König von Italien ist in Athen eingetroffen. Die Bevölkerung bereitete ihm einen enthusiastischen Empfang. Die Begrüßung mit den König Georg war sehr herzlich.

Marokko.

* **Die Proklamation des Sultans.** Die Kundgebung des Sultans, welche in der Hauptmoschee zu Fez verlesen wurde, hat folgenden Wortlaut: „Ihr habt Kenntnis erhalten von der Ermordung eines französischen Arztes durch den Pöbel von Marokesch, sowie auch von der Ermordung von Franzosen in Tetuan und Tanger. Ihr wißt auch, daß ein Franzose in Fez verwundet wurde. Wir teilen Euch mit, daß die französische Regierung sehr aufgebracht ist und daß ihre Erregung den Höhepunkt erreicht hat. Daher hat sie auch einen Teil ihrer Truppen zusammengezogen und hat die Stadt Udjda besetzen lassen. Die französische Regierung ist hierbei in ihrem Rechte. Wir hatten Euch zu wiederholten Malen nachdrücklichst auf die Folgen aufmerksam gemacht, die das Verhalten der Bevölkerung haben könnte, und Ihr habt unseren Ermahnungen nicht Rechnung getragen. Die gegenwärtigen Ereignisse sind durch Eurer Schuld entstanden, jetzt wollen wir uns begnügen, diese Angelegenheit zu regeln und dafür, wenn es nötig ist, Gut und Blut opfern, um zwischen der französischen Regierung und uns gute Beziehungen wieder herzustellen und der Besetzung Udjdas ein Ende zu machen. Wir teilen Euch dieses mit, damit Ihr Euch von allen Unruhen fernhaltet."

Kanada.

* **Zollfrage und Föderation.** Unser Londoner K.-Korrespondent schreibt: Um die Frage, welche das handelspolitische Verhältnis Deutschlands zu Kanada direkt berührt und den kanadisch-deutschen Zollkrieg veranlaßt hat, ganz zu verstehen, muß man in der Geschichte der Föderationsbewegung etwas zurückgreifen. Schon am 27. November 1890 hatte das Exekutivkomitee der Imperial Federation League im Gegensatze zu ihrem Programm, das politische Föderation ohne handelspolitische verfolgte, auf Antrag des Abgeordneten Oberst Howard Vincent und des kanadischen Premiers Laurier, Schritte beschlossen, um gelegentlich der bevorstehenden Erneuerung der Handelsverträge Aufhebung derjenigen Form der Meistbegünstigungsklausel zu erlangen, welche Differentialbegünstigungen zwischen einzelnen Teilen des britischen Reiches ausschloß. Klauseln dieser Art waren in den Handelsverträgen mit Belgien von 1862 und mit dem Zollverein von 1865 enthalten und durch die allgemeine Meistbegünstigung auf alle übrigen Staaten ausgedehnt. Schon 1881 hatte Kanada erfolglos die Aufhebung der Klausel verlangt. Die Mehrzahl der Staaten hatte allerdings Ausnahmen zugunsten des „limitrophen Prinzips" gemacht, also Differentialzollverträge zwischen Nachbarkolonien zugelassen; so ist die südafrikanische Zollkonferenz entstanden; selbst für Neuseeland und das Commonwealth ist das Zugeständnis gemacht worden. Im März 1891 stellte dann Sir Michael Hicks-Beach, damals Präsident des Handelsamts, die Theorie auf, daß die Vertragsbestimmungen nur das Mutterland, nicht aber die Kolonien unter sich oder gegenüber fremden Staaten binden, eine Auslegung, die nur der Vertrag von 1862, nicht aber der von 1865 zuläßt, und eine Auffassung, der sich bis dahin die britische Regierung nicht angeschlossen hatte, sondern sie hatte wiederholt den Abschluß entsprechender Handelskonventionen zwischen den Kolonien verhindert. Kanada hat sich bekanntlich die Auslegung von Sir Michael Hicks-Beach zunutze gemacht, indem es dem Mutterlande die Vorzugsliste zu 33⅓ Prozent auf gewisse Fabrikate gewährte und später auch mit Australien einen Präferenzvertrag abschloß. Von dem Gewährenlassen, das die konservative Regierung Balfours beobachtete, scheint sich das liberale Kabinett nun emanzipieren und zu der früheren, bis zur Kolonialkonferenz von 1887 beobachteten Haltung aller britischen, auch der konservativen, Regierungen zurückkehren zu wollen, wonach die politische, aber nicht die handelspolitische Föderation anzustreben ist.

SLUB
Wir führen Wissen.